

Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden,
Raben & Comp., Nr. 1268.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Redaktion:
Sehr. Krawinkel, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Neustadt und Dresden-Altestadt.

Bezugspreis einschließlich Frangierlohn monatlich 100.— M., durch die Post bezogen monatlich 100.— M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 180.— M., Einzelnummer 5.— M.
Telegraphisch-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 6 gelbhaltene Kopparzeile 20.— M., Familienanzeigen 14.— M., die 3 gelbhaltene Reklamezeile 75.— M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 3 M.

Nr. 217

Dresden, Sonnabend den 16. September 1922

33. Jahrg.

Volksgenossen!

Die Würfel sind gefallen! Die bürgerlichen Parteien haben mit Hilfe der Kommunisten den Landtag aufgelöst und damit die fruchtbare sozialistische Arbeit jäh unterbrochen.

Der begonnenen Demokratisierung, dem Neubau der Schule, der Umstellung der Wirtschaft und Befestigung der Arbeiterrechte soll ein Ende bereitet, das festeste Bollwerk der deutschen Republik, die sozialistische Regierung Sachsens beseitigt und der Boden für die Wiedererrichtung der Monarchie und der alten Unfreiheiten vorbereitet werden.

Diesem Treiben der Reaktion haben die Kommunisten Vorspanndienste geleistet.

Nur darauf bedacht, die aus den Kriegsfolgen entstandene Notlage parteiegoistisch auszunutzen, haben sie nicht nur beständig die sozialistische Gesetzgebung gehemmt, sondern auch durch ihre Zustimmung zur Landtagsauflösung die Verabschiedung weiterer im Interesse der werktätigen Bevölkerung liegenden Gesetze verhindert.

Volksgenossen! Das sächsische Volk steht vor einem der heftigsten Wahlkämpfe!

Die Reaktion marschiert in geschlossener Front auf. Von den Deutschnationalen bis zu den sogenannten Demokraten herrscht nur ein Wille: der sozialistischen Bewegung eine Niederlage zu bereiten!

Nachdem die Reaktionen aus dem Elend des Volkes Riesengewinne geschöpft haben, werden sie mit den Geldern der kapitalistischen Ausbeuter des ganzen Reiches alles aufbieten, um eine sozialistische Mehrheit im Landtage zu verhindern.

Der geschlossenen Kampffront des Bürgertums eine Einheitsfront der Sozialdemokratie gegenüberzustellen, ist daher die gebieterische Forderung der Stunde!

S. P. D. und U. S. P. haben ihre geschichtliche Aufgabe erkannt und beschlossen, geeint in den Wahlkampf zu ziehen und ihre Kandidaten gemeinsam aufzustellen. Damit ist das Sehnen breiterer Volksmassen erfüllt.

Jetzt gilt es, die Reihen zu schließen, mit vereinten Kräften die Organisationen zu stärken und vor allem die Mittel für den kommenden Wahlkampf aufzubringen.

Volksgenossen! Großes steht auf dem Spiele! Siegt die Reaktion in Sachsen, dann wird die Konterrevolution nicht nur hier, sondern im ganzen Reiche frecher denn je ihr Haupt erheben, und politische Hörigkeit und wirtschaftliche Verelendung für alle Werktätigen werden die Folge sein.

Das muß verhindert werden.

Arbeiter, Angestellte, Beamte! Männer und Frauen!

Der kommende Landtag muß unter allen Umständen eine sozialdemokratische Mehrheit erhalten!

Bereitet den bürgerlichen Parteien und ihren kommunistischen Helfershelfern eine entscheidende Niederlage.

Auf zum Kampf!

Gegen die Reaktion! Für die Vereinigten Sozialdemokratischen Parteien!

Die Sozialdemokratische Partei Sachsens.

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Sachsens.

Die Augsburger Tagung

Sonntag abend wird in Augsburg ein Parteitag der deutschen Sozialdemokratie eröffnet, der für die Zukunft der deutschen Arbeiterklasse von der größten Bedeutung sein wird. Seit Gorkis ist ein Jahr schwerer Arbeit und schweren Ringens für unsere Partei verstrichen. Ein Jahr, in dem wir uns redlich bemüht haben, dafür zu sorgen, daß die arbeitenden Massen nicht allzu schwer unter den Folgen des Krieges und des Zusammenbruchs leiden. Deswegen hat es unsere Partei auch für notwendig gehalten, die Last der Beteiligung an der Reichsregierung weiter zu tragen, so schwer diese Bürde auch für uns ist. Sind wir doch nicht imstande, die Not zu bannen, und nur allzu leicht werden wir von den Gegnern, aber auch von ungenügend aufgeklärten Parteigenossen dafür verantwortlich gemacht, daß das deutsche Volk so schwer leiden muß. Aber die Erfahrungen in der Zeit der Regierung Fehrenbach-Simons haben uns nur zu sehr gezeigt, daß eine rein bürgerliche Regierung eine schwere Gefahr für das deutsche Volk ist. Noch immer ist die deutsche Republik durch die Reaktion schwer bedroht. Der Rathenau-Word und die Vorgänge der letzten Monate in Bayern haben uns gezeigt, daß wir zur Abwehr jederzeit bereit sein müssen. Unter diesen Umständen dürfen wir die Regierung nicht allein den bürgerlichen Parteien überlassen, deren Angehörige zum großen Teil der Republik sehr feind gegenüberstehen. Wenn trotz unserer Teilnahme an der Regierung es uns nicht möglich gewesen ist, all das durchzuführen, was wir im Interesse des Proletariats für notwendig gehalten, so liegt das zum einen Teil an den wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten Deutschlands. Die Rücksicht auf unsere außenpolitische Lage hat uns wiederholt zu Zugeständnissen an die bürgerlichen Parteien gezwungen. Wir konnten es nicht darauf ankommen lassen, daß eine Regierungskrise der andern folgte. Das wäre bei unserer außenpolitischen Lage für Deutschland unerkäglich gewesen.

Die Möglichkeit, praktische Erfolge im Kampf für das Proletariat zu erzielen, wurde leider aber auch dadurch stark hermindert, daß die sozialistische Arbeiterklasse in mehrere Teile zersplittert war. Deswegen sehen wir dem Parteitag in Augsburg mit so großen Hoffnungen entgegen, weil wir von ihm erwarten, daß er unsere Wiedervereinigung mit der

Unabhängigen sozialdemokratischen Partei beschließen wird. Auf den Augsburger Parteitag wird dann der in Nürnberg folgende, wo die endgültige Vereinigung der beiden Parteien vollzogen werden soll.

Leider dringt uns die Wiedervereinigung mit den Unabhängigen noch nicht die so bitter notwendige Einheitspartei des ganzen sozialistischen Proletariats. Es bleibt die kommunistische Partei, die, statt uns in unserm Kampfe gegen die Reaktion zu helfen, die Not und das Elend der Massen zu einer strupelosen Agitation gegen die sozialistischen Parteien benutzt und so der Reaktion die allerschlimmsten Heferdienste leistet. Aber wir können hoffen, daß die bevorstehende Vereinigung der sozialistischen Parteien in Augsburg und Nürnberg eine Etappe auf dem Wege zur völligen Einigung des Proletariats sein wird. Auch viele von denen, die heute noch den kommunistischen Phrasenhelden Gesellschaft leisten, werden bald einsehen, daß wir den Sozialismus nicht im Sturme erobern, sondern nur durch zähe Arbeit, wie sie unsere Partei geleistet hat, schrittweise vorwärts kommen können. Hoffentlich werden wir auch durch die Erfolge, die die vereinte sozialistische Partei erzielt, beweisen können, daß das Proletariat um so mehr erreichen kann, je geschlossener es seinen Feinden gegenübertritt.

Daß die Unabhängigen sich jetzt mit uns zusammenschließen wollen, ist eine Genugtuung für unsere Partei. Die U. S. P. erkennt damit an, daß unsere Politik in vieler Beziehung richtig gewesen ist. Noch ehe die Einigung in sicherer Aussicht stand, haben sich die Unabhängigen bereit erklärt, an einer Koalitionsregierung zum Schutze der Republik teilzunehmen. Die wichtigste Meinungsverschiedenheit zwischen den beiden Parteien war dadurch beseitigt. Wir wollen nicht behaupten, daß die Politik unserer Partei immer ohne Fehl und Tadel gewesen wäre. Aber nichts Simuloseres könnte es geben, als wenn sich jetzt die beiden Parteien darüber stritten, wer von beiden recht gehabt hat. In der neuen, geeinten Partei wird es an Meinungsverschiedenheiten nicht fehlen und es wird dann nach demokratischen Grundsätzen in unsern Organisationen über die Politik der Partei entschieden werden. Die Minderheit wird sich der Mehrheit fügen, wie das ja bis zum Kriege in der alten Sozialdemokratischen Partei immer üblich war.

Von der Vereinigung der beiden Parteien wird man keine Wunderdinge erwarten dürfen. Wenn auch

zweifellos die politische Macht des deutschen Proletariats durch die Einigung gestärkt wird, so werden wir doch nach wie vor um jeden Fortschritt auf dem Wege zu unserm Ziele kämpfen müssen. Haben wir es doch nicht verhindern können, daß in der Zeit seit dem Kriege die kapitalistischen Mächte gewaltig erstarkt sind. Aber gerade deshalb ist der Zusammenschluß der sozialistischen Parteien um so dringender notwendig.

Neben der Frage der Vereinigung werden voraussichtlich die übrigen Punkte der Tagesordnung des Parteitages nur eine verhältnismäßig untergeordnete Rolle spielen, obgleich eine Anzahl Fragen von großer Bedeutung behandelt werden sollen. Die Genossin Reiche wird von unserm Kampf um die wirtschaftliche und soziale Stellung der Frau sprechen. Die Sozialdemokratie hat stets für die Rechte und Interessen der Frau gekämpft, und heute ist es um so wichtiger für unsere Partei, daß wir den berechtigten Wünschen und den Interessen der Frau gerecht werden. Hängt es doch zum guten Teil von den Frauen ab, ob es uns gelingt, die erwartende Reaktion wieder zurückzudrängen.

Die Besprechung der Lage der Frauen muß notwendigerweise den Parteitag zu einer Erörterung der schweren Wirtschaftskrise unserer Zeit führen, unter denen gerade die Frau als Hausfrau und Mutter so schwer zu leiden hat. Der furchtbare Wirrwarr in unserm Wirtschaftsleben zeigt, wie recht wir hatten, die wir leider vergeblich immer wieder verlangten, daß dem freien Spiel der Kräfte in der Wirtschaft nicht in so weitem Umfang Raum gegeben werden dürfe, daß in Deutschland planmäßig gewirtschaftet werden müsse. Viele von denen, die früher laut nach der freien Wirtschaft riefen, sehen heute ein, welchen Fehler wir begingen, als wir vornehmlich die Zwangswirtschaft abbauten. Gerade weil das deutsche Volk so tief im Elend steckt, müssen wir recht bald in Deutschland ein gutes Stück sozialistischer Ordnung bekommen, um die heute herrschende kapitalistische Anarchie einzubändigen. Das wird hoffentlich auf dem Parteitag mit aller Entschiedenheit gefordert werden. So können wir dem Augsburger Parteitag mit den besten Erwartungen entgegensehen. Möge er gute Arbeit für die Sache des Sozialismus leisten.